

## «Die Zitrone ist nicht ausgepresst»

**LUZERN** 330 Millionen in drei Jahren: Um das Sparziel zu erreichen, bringt die Regierung alte Massnahmen erneut aufs Tapet – aber auch ganz neue.

ALEXANDER VON DÄNIKEN  
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Spätestens seit gestern ist klar, dass hinter dem schweren Begriff «Konsolidierungsprogramm 2017» auch eine schwere Aufgabe steckt. Da hilft dem Luzerner Regierungsrat auch das Kürzel KP 17 nicht viel weiter. Die Ausgangslage ist klar: 330 Millionen Franken muss der Kanton zwischen 2017 und 2019 sparen – wobei «nur» rund 200 Millionen bei den Ausgaben gespart werden sollen. Etwas über 40 Millionen sollen durch höhere Einnahmen generiert werden, wie unsere Zeitung bereits gestern vermeldete. Die verbleibende Lücke von rund 85 Millionen konnte die Regierung auch gestern bei der ersten offiziellen Vorstellung des Sparpakets noch nicht füllen. Schliesslich seien zu diesem frühen Zeitpunkt erst die Eckwerte bekannt. «Die Zitrone ist nicht ausgepresst», stellte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) klar.

Ein offizieller Entwurf aller Massnahmen ist auf den 25. April angekündigt, und zwar als Planungsbericht, über den der Kantonsrat am 20. und am 21. Juni beraten wird. Danach erarbeitet die Regierung die eigentliche Botschaft zum Sparprogramm, welche dem Parlament zur Budgetberatung Ende Jahr vorgelegt wird. Trotzdem geben erste 29 Massnahmen die ungefähre Richtung vor. Hier eine Auswahl:

• **Personal:** Lehrerinnen und Lehrer sollen gemäss Vorschlag der Regierung eine zusätzliche Lektion pro Woche unterrichten. Damit sollen 7 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden. Analog dazu sollen Verwaltungsangestellte im Schnitt eine Wochenstunde länger arbeiten, was etwa 6 Millionen Franken einbringen soll. Weiter sollen beim Personal drei bezahlte kantonale Feiertage gestrichen werden. Als kleine Kompensation wird den Angestellten eine zusätzliche Ferienwoche gewährt (maximal sechs Wochen). Wegfallen sollen wiederum die Dienstaltersgeschenke, welche laut Marcel Schwerzmann «schon heute nur schwer bezogen werden können», und Lohnerhöhungen. Die Regierung rechnet mit einem Sparpotenzial von 40,8 Millionen für die Jahre 2017 bis 2019.

• **Verwaltung:** Unter die Kategorie kreative Kleinbeträge fällt der regierungsrätliche Vorschlag, dass sich der Kanton vermehrt an gebührenpflichtigen Deponien beteiligen soll. Zusammen mit Plänen wie der vermehrten Abgabe von Immobilien im Baurecht sollen rund

0,3 Millionen Franken mehr in die Staatskasse fliessen. 0,8 Millionen Mehreinnahmen erhofft sich die Regierung durch das Anheben von Gebühren. «Gebühren sollen kostendeckend sein; das sind im Kanton Luzern aber nicht alle», erklärte Schwerzmann.

• **Sicherheit:** Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP) schlägt unter anderem vor, die Zahl der Polizeiposten zu reduzieren. Zusammen mit der bewilligten Aufstockung des Polizeikorps, welche sich über acht statt vier Jahre erstrecken soll, ergibt sich ein Sparpotenzial von rund 3,6 Millionen Franken. Darüber hinaus will Winiker prüfen, die Ausschaffungshaftplätze des Gefängnisses Wauwilermoos in einen anderen Kanton verlegen zu lassen. Der Zivilschutz soll zudem entweder ganz in Kantonsband übergehen, oder die Zahl der Organisationen soll reduziert werden. Auch Winiker dreht an der Einnahmenschraube: Allein eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern soll in den nächsten drei Jahren rund 9 Millionen einbringen.

• **Bildung:** Neben der Mehrarbeit für Lehrer schlägt Regierungspräsident und Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) eine neue Abrechnung mit den Gemeinden bei der Volksschulbildung vor: Neu soll der Kanton Pro-Kopf-Beiträge entrichten, wobei etwa 1,5 Millionen gespart werden können. Erneut soll die Abschaffung des Langzeitgymnasiums geprüft werden, aber auch die Schliessung von Fachmittelschulen.

• **Gesundheit/Soziales:** Statt in eigenständigen AGs könnten Spitäler in einer Holdingstruktur zusammengefasst werden. «Damit könnten sich weitere Spitäler beteiligen», so Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf (CVP). Potenzial für Zusammenarbeit sieht er auch beim Sanitätsnotruf 144 und bei der Polizeizentrale. 34 soziale Einrichtungen gibt es im Kanton, davon nur 3 grosse. «Darum bitte ich die Institutionen, Zusammenschlüsse zu prüfen», so Graf.

• **Verkehr:** Der Kanton entrichtet den Gemeinden Beiträge an Gemeindestrassen – zu hohe, meint Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng (FDP). Zusammen mit Massnahmen wie einer Senkung des Strassenbaustandards sieht er ein Sparpotenzial von 31,5 Millionen Franken.

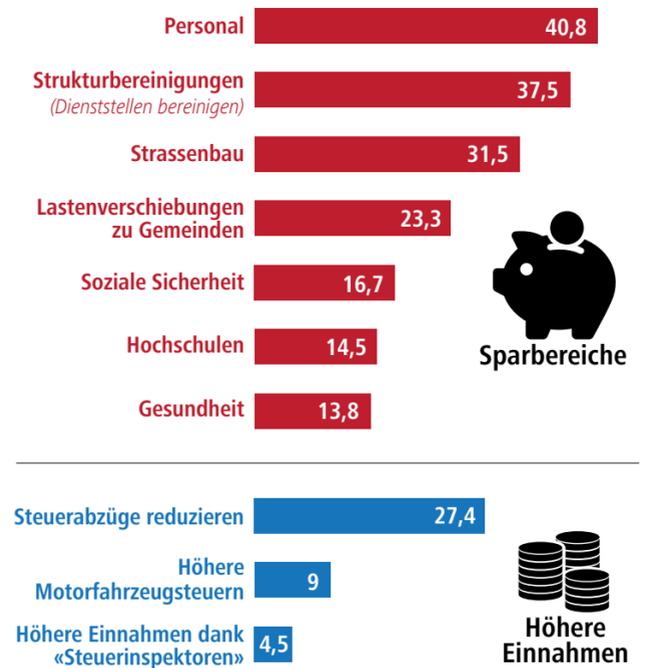
### Rechnung 23 Millionen im Plus

Fast schon beiläufig gab Finanzdirektor Schwerzmann einen Einblick in die Jahresrechnung 2015, welche nächste Woche offiziell vorgestellt wird. Sie schliesst mit einem Gewinn von 23,3 Millionen – budgetiert war ein Verlust von 40,9 Millionen. Hauptgrund: die doppelte Ausschüttung der Nationalbank von zweimal 32 Millionen Franken. Das seien im Gegensatz zum Sparprogramm einmalige Effekte, so Schwerzmann. Immerhin wurde dadurch das KP 17 nicht noch schwerer. Das langfristige Ziel sei es, die Finanzkraft des Kantons weiter zu stärken – dafür brauche es eine Fortsetzung der Tiefsteuerstrategie.



Die Luzerner Regierung präsentiert ihr Sparpaket (von links): Robert Küng, Marcel Schwerzmann, Reto Wyss, Guido Graf und Paul Winiker.  
Bild Eveline Beerkircher

### Das sind die grössten Spar- und Einnahmepositionen im Kanton Luzern, in Millionen Franken



Quelle: Kanton Luzern / Grafik: Janina Noser

## Höhere Einnahmen: FDP signalisiert ein «Ja, aber»

**REAKTIONEN** nus. Für CVP, SVP und FDP hat die Regierung bei der Erarbeitung des Konsolidierungsprogramms 2017 (KP 17) zwar keinen hervorragenden, aber doch einen akzeptablen Job gemacht. Ganz anders sehen das die Linken und die Verbände der von Abbaumassnahmen betroffenen Institutionen, aber auch der Gewerbeverband.

• **CVP:** Die grösste Fraktion im Kantonsrat zeigt sich «bereit, das KP 17 weiterhin konstruktiv zu begleiten». Gleichzeitig verspricht die Partei, «sowohl Kröten auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zu schlucken». Dies, so die CVP weiter, erwarte sie auch von der SVP und der FDP. Zu den einzelnen Massnahmen will sich die Partei noch nicht äussern. Sie bezweifelt allerdings, ob das avisierte Sparpotenzial beim Personal erreicht werden kann.

• **SVP:** Fraktionschef Guido Müller hält der Regierung «zugute, dass sie auch kreative Vorschläge gemacht hat». Das Ziel von 330 Millionen habe sie jedoch nicht erreicht. Zu den geplanten Mass-

### «Eine Erhöhung des Steuerfusses muss ausgeschlossen sein.»

GAUDENZ ZEMP,  
DIREKTOR GEWERBEVERBAND

nahmen, die zu höheren Einnahmen führen, sagt Müller: «Die Regierung hat noch Zeit bis im Juni, weitere Sparvorschläge zu machen.» Sei eine Erhöhung des Steuerfusses Teil des KP 17, werde sich die SVP dagegen wehren.

• **FDP:** Das gilt auch für die FDP. «Eine Erhöhung des Steuerfusses kommt zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage», so die Partei. Sie sei aber «erstmalig bereit, über Einnahmenverbesserungen zu reden». Vorher müsse die Regierung aber weitere Sparvorschläge präsentieren.

• **SP:** Das KP 17 sei «äusserst unausgewogen» und reihe sich in die Abbaupakete der vergangenen Jahre ein, so die enttäuschte SP-Spitze. Das fehlende Geld bei den Normalverdienern zu holen, sei «absolut unanständig». Ohne Korrektur bei den Unternehmens- und den Vermögenssteuern werde die SP jede Erhöhung des Steuerfusses ablehnen.

• **Grüne:** Das sieht die zweitkleinste Kantonsratsfraktion gleich – über eine Erhöhung des Steuerfusses könne erst nach einer Anpassung der Unterneh-

menssteuern nach oben diskutiert werden. Die Grünen finden zudem, dass die Regierung keine Führungsverantwortung zeigt. Um die fehlenden 85 Millionen zu kompensieren, liste sie einfach eine «Auswahlsendung» auf.

• **GLP:** Eine befristete Erhöhung des Steuerfusses würde von den Grünliberalen dagegen mitgetragen, ebenso eine Kürzung von Staatsbeiträgen. Kritisch beurteilt die kleinste Kantonsratsfraktion die Sparmassnahmen im Personalbereich. Wiederum Sympathie zeigt die GLP für die Absicht der Regierung, die Streichung des Langzeitgymis zu prüfen.

• **Gewerbeverband:** Für den mit mehr als 11 000 Mitgliedern mächtigen Verband sind höhere Steuern tabu, so Direktor Gaudenz Zemp: «Eine Erhöhung des Steuerfusses muss für die bürger-

liche Regierung ausgeschlossen sein.» Auch die geplante Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern lehne der Verband ab.

• **Personalverbände:** Für die **Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personal (ALP)** wird Luzern zur «Personalhölle». Dass die Regierung Angestellte und Lehrer schröpfe, sei «ein Zeichen von Schwäche und Ratlosigkeit», sagt ALP-Präsident Remo Herbst. Das Personal werde sich die geplanten Massnahmen nicht gefallen lassen. Moderater äussert sich Raphael Kottmann, Präsident des **Luzerner Staatspersonalverbands** und CVP-Kantonsrat. Kottmann zweifelt, dass der angestrebte Sparbetrag erreicht werden kann. Wiederum harsche Worte braucht der **Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD)**. Jede weitere Abbaumassnahme zu Lasten des Personals werde «vehement bekämpft».